

Offener Brief

[Vor 20 Jahren: Log die Nato im Kosovo-Krieg? - Gegen den Strich denken - derStandard.at](#) ›
[Diskurs](#)

BLOG: GEGEN DEN STRICH DENKEN

Vor 20 Jahren: **Log die Nato im Kosovo-Krieg?**

Wie der **große Erfolg** der massiven Öffentlichkeitsarbeit der Nato im Krieg gegen Serbien die Welt veränderte und **zur Grundlage für den Einmarsch im Irak wurde**

Blog, OROrtwin Rosner, 13. Mai 2019, 07:27

Am 24. März 1999 wandte sich der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Fernsehansprache mit ernstem Gesicht an die Bevölkerung. Es ging um Entscheidendes. Es sollte vertretbar gemacht werden, dass zum ersten Mal seit 1945 **wieder deutsche Soldaten in einen Krieg ziehen.**

Und das sogar **völkerrechtswidrig**. Denn die Uno erwies sich als widerspenstig und weigerte sich hartnäckig, dem Druck der USA nachzugeben und der Nato ein entsprechendes Mandat zu erteilen. Mehr noch, der damalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan war einer der vehementesten Gegner einer Nato-Intervention. Davon teilte Schröder dem deutschen Volk freilich nichts mit. Stattdessen bot seine Ansprache einiges an rhetorischen Kapriolen auf. Sagte er doch nicht nur:

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und **systematische Verletzungen von Menschenrechten unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.**" Sondern ebenso: "**Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen!**"

Agitatorische Parolen

Allein dass ein deutscher Bundeskanzler einen derart in sich widersinnigen Satz öffentlich sagen kann, **ohne dass er sofort zurücktreten muss, wirft schwerwiegende Fragen nach dem Zustand des öffentlichen Diskurses auf.** Der damalige deutsche Außenminister, Joschka Fischer von den Grünen, trug seinen Teil dazu bei. In Brandreden schaffte er es doch tatsächlich, "**Nie wieder Krieg!**" auszurufen und **gleichzeitig die Kriegsbeteiligung zu rechtfertigen** – denn für ihn gelte auch "Nie wieder Auschwitz!".

Parallel dazu wurde der durchschnittliche Medienkonsument tagtäglich mit Informationen gefüttert, die belegen sollten, dass mit dem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević **tatsächlich so eine Art Hitler an der Macht sei und die Serben den Nazis gleichzusetzen seien.** Ende März 1999 trat der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping an die Öffentlichkeit und teilte mit, dass Milošević das Stadion von Pristina, der Hauptstadt Kosovos, in **ein Konzentrationslager für Kosovo-Albaner umgewandelt habe.**

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

In der Folge machte er auch einen angeblichen Geheimplan des serbischen Präsidenten mit der Bezeichnung "Operation Hufeisen" publik. Milošević arbeite seit langem an der Umzingelung und Vertreibung der gesamten albanischen Bevölkerung des Kosovos. Er betreibe "ethnische Säuberungen". Ganze Dörfer seien bereits planmäßig ausradiert worden. Ja, mehr noch, was hier stattfindet, sei ein "Genozid" – und man müsse unbedingt eingreifen



"Danke Nato"-Graffiti in der Nähe von Stagovo. Foto: APA/AFP/ARMEND NIMANI

Allgemeine kriegerische Erregung

Immerhin, diese Art der politischen Agitation, die von den Politikern geschürt und von den Medien nur allzu willig unüberprüft weitergetragen wurde, verfehlte ihre Wirkung nicht. Auch in Österreich entstand ein allgemeines Klima der kriegerischen Erregung, das ich selbst hautnah miterlebte und als beklemmend empfand. Nicht nur, dass ein Widerspruch gegen diese Darstellungen kaum mehr möglich war, ohne dass man sofort ins Eck gedrängt und als "Verschwörungstheoretiker" abgestempelt oder auch einfach nur als Idiot abgekanzelt wurde – selbst leise Zweifel an der Richtigkeit des Krieges führten dazu, dass man als jemand betrachtet wurde, der sich auf die Seite eines Gräueltäters stellte. Man konnte hautnah miterleben, wie schrecklich einfach die Menschen zu manipulieren sind und wie wenig sie das hinterfragen, was ihnen als "die Wahrheit" präsentiert wird. Und wie rasch sie dann zum Krieg bereit sind.

Es gab freilich Gegenstimmen. Auch eine ganze Reihe von Podiumsdiskussionen wurde veranstaltet, die sich kritisch mit dem Kriegseinsatz auseinandersetzten. Aber all das wurde zumindest von den großen Medien vollkommen totgeschwiegen. Bei einer solchen Veranstaltung

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

habe ich etwa den Autor und Regisseur Kurt Palm auftreten gesehen, der davon erzählte, wie er sich bemüht hatte, in der einen oder anderen Zeitung einen vom allgemeinen Tenor abweichenden Kommentar unterzubringen. **Vergeblich. Die Veröffentlichung wurde ihm unter fadenscheinigen Vorwänden verwehrt.**

An derselben Diskussion nahm auch der Schriftsteller Gerhard Ruiss, Vorstandsmitglied der IG Autoren, teil, der damals ein selbstproduziertes Anti-Kriegsplakat in Umlauf zu setzen versuchte und berichtete, wie er dafür als "weltfremd" und "blauäugig" beschimpft worden sei. Er habe noch **nie eine dermaßen gleichgeschaltete Presse gesehen**, sagte er.

Diese alle bekamen keine Stimme. Wer sie dafür bekam, das war – typisch österreichisch – der Schlagersänger Udo Jürgens, dessen Aussage "Ich habe geweint, *aber wir müssen Bomben werfen*" groß in einem renommierten Wochenmagazin abgedruckt – und zusammen mit Fischers zur Schau gestellter Zerknirschung als Gewähr dafür herumgereicht wurde, **dass es zwar tragisch sei, aber nun mal anders nicht gehe.**

Gründliche Recherchen und ihre Ergebnisse

Unter Zeithistorikern freilich ist es **seit langem kein Geheimnis, dass das, was da vor 20 Jahren passiert ist, einer der größten und erfolgreichsten Propaganda-Coups der Nato war.** Das KZ im Stadion von Pristina – **hat es nie gegeben.** Die Operation Hufeisen – **hat es nie gegeben.** Gezielte ethnische Säuberungen – **es gibt keine Belege dafür, ebenso wenig für einen geplanten Genozid.**

Wofür es eindeutige Beweise gibt: **dass im deutschen Verteidigungsministerium Bild- und Dokumentenfälscher aktiv waren.** Sie münzten Fotografien von in Gefechten getöteten albanischen UÇK-Terroristen zu Abbildungen von unschuldigen albanischen Zivilisten um, die den von den serbischen Einheiten angeblich durchgeführten Massenhinrichtungen zum Opfer gefallen seien. Ebenso wurden die bei Scharmützeln zwischen der UÇK und der jugoslawischen Armee zerstörten Ortschaften als im Auftrag von Milošević ausradierte Dörfer ausgegeben. Gleichzeitig wurde dafür gesorgt, dass die **davon abweichenden Informationen von OSZE-Beobachtern intern blieben und nicht an die Öffentlichkeit gelangten.**

Gut belegt ist auch die enge Zusammenarbeit der UÇK mit der Nato. Die UÇK hatte ein Interesse daran, die Situation eskalieren zu lassen, auch um den Preis von zivilen Toten. Die Nato wiederum hatte Interesse an der Eskalation und an den zivilen Toten, um eine Legitimation für ihren Angriff zu haben.

Und nein, man muss beileibe kein Verschwörungstheoretiker sein, um so etwas zu sagen. Selbst auf Wikipedia wird eingeräumt, dass bis heute beispielsweise **kein einziger Beleg für die Operation Hufeisen existiert und sich die Massaker im Dorf Rogovo (sogenannter Rogovo-Vorfall) offenkundig nicht den Darstellungen Scharpings entsprechend abgespielt haben.** Und Wikipedia kann man nun wahrlich nicht nachsagen, eine Hochburg anti-westlicher Propaganda zu sein.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Hier eine akribisch recherchierte ARD-Fernsehdokumentation zum Thema, die bereits 2001 gedreht wurde:

In etwas kürzerer Version gab es im Dezember 2011 im "Radiokolleg" auf Ö1 eine **Zusammenfassung der Fälschungen und Lügen des Kosovo-Krieges**. Man kann sich aber auch das Interview mit dem Zeithistoriker Kurt Gritsch in dem Buch "Lügen die Medien?" von Jens Wernicke durchlesen. Man wird immer wieder dasselbe finden.

Das Scheitern des Vertrags von Rambouillet

Auch die Auseinandersetzung um den Vertrag von Rambouillet wurde in unseren Medien immer nur in der Darstellung erzählt, die die Nato vorgegeben hatte: Milošević habe sich geweigert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Wahr ist jedoch, dass der serbische Präsident bereit war, den Vertrag zu unterzeichnen, nicht aber den plötzlich von den Nato-Verhandlern aus dem Hut gezauberten Anhang zum Vertrag, den Annex B, der Bedingungen stellte, die allerdings kaum ein geistig gesunder Staatschef hätte unterschreiben können:

Völlige Bewegungsfreiheit für Nato-Truppen (wohlgemerkt: nicht Uno-Truppen) in ganz Rest-Jugoslawien (nicht etwa nur im Kosovo), inklusive des Luftraums und der See; die völlige Immunität von Nato und Nato-Personal; die kostenlose Nutzung der gesamten Infrastruktur Jugoslawiens für die Nato – das wäre einer Besetzung Serbiens durch die Nato gleichgekommen. Das Spiel war offensichtlich. Die Nato wollte die Friedensverhandlungen, die im Februar und März 1999 stattfanden, scheitern lassen und Milošević dafür die Schuld geben können, um dann einen Vorwand für den Angriff auf Serbien zu haben.

Kriegsverbrechen

Zu den ersten Todesopfern des Nato-Bombardments ab 24. März 1999 zählten aber nicht etwa serbische Armeeingehörige, sondern etwa 80 Kosovo-Albaner, die sich auf der Flucht befunden hatten. Das erregte kurz Aufsehen in den Medien, wurde jedoch rasch unter dem technischen Begriff "Kollateralschaden" abgehakt, ein unsäglicher Ausdruck, der damals wohl seine Geburt erfuhr.

Ähnlich rasch verlor die Öffentlichkeit ihr Interesse an einem 65 Seiten langen Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, der die Nato-Verantwortlichen der Verletzung verschiedener Völker- und Menschenrechtsabkommen anklagte. So wurden zivile Ziele bombardiert, wie zum Beispiel Chemiefabriken und Ö Raffinieren, was über viele Jahre lang schwere Umweltschäden nach sich zog und drastische Folgen für die zivile Bevölkerung hatte. Außerdem setzte die Nato grausame Splitterbomben und die umstrittene Uranmunition ein. Als die chinesische Botschaft in Belgrad getroffen wurde, starben vier Botschaftsangehörige.

Noch weniger Beachtung als der Bericht von Amnesty International fand der Rechtsanwalt und Universitätsdozent Alfred J. Noll, der in der kommunistischen Wochenzeitung "Volksstimme"

nicht nur auf **die Völkerrechtsverletzungen hinwies**, sondern **geradezu prophetisch vor den Folgen der Entmachtung der Uno warnte**.

Er sollte recht behalten. **Tatsächlich leitet sich die Unbewältigbarkeit vieler heutiger Kriege und Konflikte von daher ab.** Um die

Einsprüche Moskaus und Pekings scherte sich die Nato ebenso wenig wie um das fehlende Mandat der Vereinten Nationen. Und dann wundert man sich heutzutage ernsthaft darüber, dass außerhalb der Länder des Bündnisses weltweit die Menschen so eine schlechte Meinung von der Nato haben?

Es gab natürlich auch Leute, die auf den Bruch des Neutralitätsgesetzes hinzuweisen versuchten, der sich daraus ergab, dass Österreich Nato-Flugzeugen den Überflug über sein Hoheitsgebiet gestattete. Diese Stimmen wurden aber nicht einmal mehr ignoriert.

Die langfristigen Folgen der Nato-Intervention

Slobodan Milošević wurde nach seinem Rücktritt als jugoslawischer Präsident im Jahr 2001 an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert und dort verurteilt. Weniger bekannt ist, **dass Amnesty International auch eine Anklage gegen die Nato-Verantwortlichen anstrebte. Das aber wurde von der Chefanklägerin des Tribunals, Carla del Ponte, unterbunden. Ebenso blieben die Verletzungen des Völkerrechts für die Nato folgenlos.**

Damit hatte die Nato das erreicht, was sie wahrscheinlich mit diesem Krieg bezweckt hatte. Nachdem es in der Zeit nach dem Kalten Krieg Stimmen gegeben hatte, die den Sinn des Bündnisses infrage gestellt hatten, hatte es sich dementsprechend nun eine neue Vormachtstellung in der Welt erkämpft und, mehr noch, bewiesen, dass es auch vollkommen unabhängig von der Uno weltweit zu agieren in der Lage war. Es gibt Aussagen des damaligen US-Präsidenten Bill Clintons, die diese Zielsetzung belegen. Dementsprechend wurde nun auch in internen Papieren der Zweck der Nato umdefiniert.

Die Folgen des Kosovo-Krieges sind also durchaus global und dürfen in ihrer verheerenden Wirkung nicht unterschätzt werden. Vieles von dem, was sich heute um uns abspielt, hat seinen Anfang hier genommen. Insbesondere ist es offensichtlich, dass der spätere US-Präsident George Bush und der britische Premierminister Tony Blair im Falle **des Einmarsches in den Irak 2003** die manipulativen **Strategien des Kosovo-Krieges teils eins zu eins kopierten**. Auch Saddam Hussein – tatsächlich ein ungleich brutalerer Herrscher als Milošević – wurde umstandslos Hitler gleichgesetzt. Statt eines Konzentrationslagers **erfand man aber nun Massenvernichtungswaffen**, in deren Besitz er wäre.

Ob der Angriff auf den Irak durch Uno-Resolutionen ausreichend völkerrechtlich gedeckt war, ist umstritten, war aber auch nicht mehr von großer Wichtigkeit für die Handelnden. Gerade jene Organisation, die man in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges aufbauen, stärken und zur internationalen Friedenssicherung einsetzen hätte sollen, war von der Nato in die Bedeutungslosigkeit hinabgestoßen worden. Daran leidet die Welt bis heute.

Der Krieg in unseren Köpfen

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Das Schlimmste aber hat die Nato-Rhetorik von 1999 meines Erachtens auf einer ganz anderen Ebene angerichtet, auf einer mentalen. Sie hat uns alle ganz grundsätzlich auf den Krieg eingestimmt, uns darin eingeübt, uns an ihn und an militärische Einsätze gewöhnt, ihn selbstverständlich für uns gemacht. Seit der von Joschka Fischer vollzogenen Abkehr der deutschen Grünen vom *Pazifismus* ist die Friedensbewegung zertrümmert. "Pazifist" wurde damals zum Hohn- und Schimpfwort. Ich finde, das gehört mit zu den allerschlimmsten Folgen der Nato-Intervention im Kosovo und in Serbien.

Für diese neue Mentalität gibt es den Fachausdruck *Bellizismus*. In den 80er-Jahren waren – in einem Maße, das heute kaum mehr vorstellbar ist – demgegenüber der Pazifismus und Anti-Militarismus in den westlichen Gesellschaften Leitideen oder stellten zumindest eine sehr starke Bewegung dar. Dies deswegen, weil die Furcht vor den ganzen Planeten womöglich zerstörenden Nuklearschlägen zwischen den USA und der Sowjetunion ständig präsent war. Meine These ist daher, dass die westlichen Gesellschaften – allen voran Deutschland – sich nach dem Ende der Dauerbedrohung durch den Kalten Krieg vom Paradigma des Pazifismus abgewandt und im Großen und Ganzen den Bellizismus als eine der Grundlagen von Politik akzeptiert haben.

Das heißt nun nicht, dass wir ausgesprochen begeistert vom Krieg sind, so wie es unsere Großeltern und Urgroßeltern vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg waren. Es heißt aber, dass militärische Interventionen als Mittel der Politik inzwischen nicht nur anerkannt sind, ohne dass wir sie als solche noch grundsätzlich in Frage stellen, sondern auch, dass Heer, Militär und weltweite Kriegseinsätze seit der Jahrtausendwende geradezu ein neues Ansehen genießen. So war denn auch beispielsweise die deutsche Beteiligung in Afghanistan keineswegs mehr von solchen heftigen Diskussionen, Widerständen und erforderlichen Rechtfertigungen begleitet wie der Einsatz im Kosovo-Krieg.

Fehlende Selbstreflexion der Medien

Nach wie vor gibt es keine breite öffentliche Aufarbeitung der Lügen und Fälschungen des Kosovo-Krieges. Die genannten kritischen Medienbeiträge existieren, aber nur äußerst vereinzelt, und typischerweise wurden sie immer eher an versteckten Sendeplätzen ausgestrahlt. Sie fungieren mehr oder weniger als bloße Feigenblätter. Zu mehr fehlt der Mut. Im Übrigen werden immer noch weitgehend die Nato-Diktionen nachgebetet.

Das ist nur logisch. Ein öffentliches Aufzeigen der Nato-Lügen würde ja ein desaströses Eingeständnis bedeuten, wie sehr man sich damals selbst davon hat einspannen und instrumentalisieren lassen. Gerade in den heutigen Zeiten, in denen mehr als je zuvor ein heftiger Streit um die Glaubwürdigkeit von Nachrichten, um Fake News und Verschwörungstheorien entbrannt ist und in der jeder mit dem Rücken zur Wand steht, wird es genau darum keine breite öffentliche Aufarbeitung dieser Ereignisse geben, denn das hieße ja, sich in diesem Kampf eine enorme Blöße zu geben.

Wenn man bedenkt, was für ein Aufsehen die Aufdeckung der Fälschungen des "Spiegel"-Reporters Claas Relotius im vergangenen Dezember erregte, kann man das vielleicht ermessen. Zwar handelte es sich dabei um einen recht begrenzten Vorfall, eine Lappalie im Vergleich zu dem, was im Frühjahr 1999 passierte. Dennoch gerieten alle aus dem Häuschen und kam sofort

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
die Befürchtung auf, der Fall Relotius würde nun denjenigen Munition liefern, die "Lügenpresse"
schreien. Natürlich musste umgehend die Seriosität des eigenen Metiers betont werden.

Von einer derartig neurotisierten Medienlandschaft kann man nicht erwarten, dass sie zu tiefergehender Selbstkritik bereit ist. Und die Befürchtungen bestehen freilich nicht zu Unrecht. Allerdings für beide Seiten, für die Medien wie auch für den Medienkonsumenten. Für die Medien, weil sie, wenn sie ihr Fehlverhalten zugeben, befürchten müssen, dass man in der Folge auch an anderem, was von ihnen kommt, zweifelt.

Für den kritischen Medienkonsumenten, weil ihm die Erfahrung des Kosovo-Krieges tatsächlich gezeigt hat, dass man allen Medien und allen (besonders Kriegs-) Nachrichten gegenüber misstrauisch sein sollte. Denn was einmal geschehen ist, kann wieder geschehen. Wenn sich die Medien einmal derart umfassend instrumentalisieren haben lassen, ohne dass das jemals aufgearbeitet worden ist, ist es wahrscheinlich, dass das auch wieder geschieht oder vielleicht sogar bereits wieder geschehen ist. (Ortwin Rosner, 13.5.2019)

Zum Thema

- ["Spiegel"-Betrug: Der Super-GAU](#)

Links

- ["Es begann mit einer Lüge" \(Spiegel\)](#)
- ["NATO-Bomben auf Belgrad. Wer vor 20 Jahren wissen wollte, konnte wissen, was gespielt wird." \(nachdenkseiten.de\)](#)
- ["Wie die NATO Tatsachen verfälschte und Fakten erfand" \(derFreitag\)](#)

Literaturhinweise

Alfred J. Noll: Unterwegs zu einer neuen Weltordnung. In: Volksstimme 21/27. Mai 1999 S. 5.

Nato: Amnesty liegt falsch. Knappe Reaktion auf Vorwurf der Kriegsverbrechen beim Jugoslawien-Bombardement. In: Der Standard v. 8. Juni 2000 S. 3

Jens Wernicke: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. (Westend Verlag 2017)

Mira Beham: Kriegstromele. Medien, Krieg und Politik. (Deutscher Taschenbuch Verlag 1996)

[Ukraine: Regime Change mit Nebenwirkungen, 24.12.2014 \(Friedensratschlag\) \(ag-friedensforschung.de\)](#)

Regime Change mit Nebenwirkungen

Jahresrückblick 2014: Ukraine. Von Reinhard Lauterbach

Teil I: **Der Putsch in Kiew** und der Verlust der Krim

Anfang 2014 herrschte in der Ukraine eine gespannte, aber, wie es damals schien, alles in allem stabile Situation. Zwar demonstrierten seit etwa sechs Wochen Anhänger der EU-Assoziierung gegen Präsident Wiktor Janukowitsch und forderten den Rücktritt von Staatschef und Regierung. Aber die Teilnehmerzahlen an den Protesten waren rückläufig, und die Bewegung war regional auf Kiew und die Westukraine beschränkt. Aufrufe der Janukowitsch-Gegner zum Generalstreik waren wirkungslos verhallt. Der Süden und Osten, das industrielle Herz des Landes, taten das, worauf sie stolz waren: arbeiten. Es sah so aus, als könnte Janukowitsch diese Protestwelle aussitzen wie mehrere vorher auch schon.

Die Situation änderte sich in der zweiten Januarhälfte. Am 16. Januar verschärfte das Parlament das Demonstrationsrecht, indem es westeuropäische Standards wie ein Bewaffnungs- und Vermummungsverbot bei Demonstrationen einführte. Die prowestliche Opposition sprach von »Diktaturgesetzen«, drei Tage später unternahm eine bis dahin kaum beachtete Gruppe namens »Rechter Sektor« erstmals einen bewaffneten Angriff gegen die Polizei, die die Zufahrtsstraßen zum Regierungsviertel abspernte.

Der »Rechte Sektor« war ein unmittelbar nach dem Beginn der Pro-EU-Proteste auf dem Maidan entstandener Zusammenschluss mehrerer gewaltbereiter faschistischer Gruppierungen, der die Dezemberwochen genutzt hatte, um auf dem von den Demonstranten besetzten Unabhängigkeitsplatz paramilitärische Übungen für alle Interessierten anzubieten. Dieser Flügel war Mitte Januar etwa 5.000 Leute stark. Hinzu kam eine schlecht zu quantifizierende Zahl von »Selbstverteidigungshundertschaften«, die verschiedene auf dem Maidan vertretene Gruppen und Parteien aufgestellt hatten, mit zusammen nochmals einigen tausend Kämpfern. Im Rückblick lässt sich feststellen: Die Rechten waren bereit, das staatliche Gewaltmonopol zu brechen.

Dieses Ziel verfolgten sie von nun an konsequent. In Kiew gab es fast tägliche militante Angriffe auf die Polizei, die zunehmend gewaltsam zurückschlug. In der westukrainischen Provinz kam es ab dem letzten Januardrittel zu einer Welle von Belagerungen von Verwaltungsgebäuden, Kasernen und Polizeiwachen. Die meisten Bürgermeister und Gouverneure kapitulierten kampflos und reichten ihren Rücktritt ein. Auch Armee und Polizei leisteten in der Regel keinen Widerstand und gaben ihre Waffenvorräte zur Plünderung frei. Ein Teil der erbeuteten Waffen kam auf den Maidan, auf dem im Februar offen um Geldspenden für Munition gebeten wurde. Ein anderer Teil floss offenbar in kriminelle Kanäle, so dass im Herbst das Innenministerium über einen starken Anstieg der Gewaltkriminalität berichten musste. Die Abgrenzung war unscharf, wie der Fall des Sascha Musitschko zeigte: einer der Führer des Rechten Sektors war ein lokaler Gangsterboss und Schutzgelderpresser aus der Stadt Riwne. Als ihn Ende März die Polizei erschoss, wurde diese Verbindung beider Sphären als Einzelfall dargestellt.

In dieser Situation, in der Janukowitsch die faktische Kontrolle über Teile seines Landes bereits verloren hatte, verstärkte der Westen den Druck auf den Präsidenten, der prowestlichen Opposition Zugeständnisse zu machen. Jenseits der im einzelnen schwer zu rekonstruierenden, aber als Tatsache von westlichen Politikern nicht bestrittenen Geldflüsse an die »demokratische Opposition« traten die europäische und amerikanische Diplomatie und die rechten Aktivisten vom Maidan nach der Moltkeschen Devise »Getrennt marschieren, vereint

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

schlagen« an. Mitte Februar war dieser Moment gekommen. Mehrere Tage lang hatte die Polizei erfolglos versucht, die Zeltstadt der Protestierenden zurückzuerobern. Es wurden Schusswaffen eingesetzt, von wem, ist bis heute nicht geklärt: Es starben etwa **100 Demonstranten und elf Polizisten, teilweise aus gleichartigen Waffen erschossen.** Janukowitschs Standing hatte sich dramatisch verschlechtert. Am 20. Februar kamen die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens nach Kiew und nötigten ihm einen vorzeitigen Machtverzicht und Verfassungsänderungen ab. Doch der Versuch eines ausgehandelten Machtwechsels in Kiew wurde durch den Maidan torpediert. Seine Hundertschaften stürmten am 22. Februar das Regierungsviertel und zwangen Janukowitsch zur Flucht. Zur Rolle der USA in diesen Tagen äußerte am **22. Februar die Sprecherin des State Departments in Washington lakonisch, der US-Botschafter in Kiew habe »in stündlichem Telefonkontakt« mit den Führern des Maidans gestanden.** Es liegt nahe zu vermuten, dass dabei nicht nur über das Wetter geredet wurde, sondern **mit amerikanischer Rückendeckung ein Putsch orchestriert wurde,** der sich nicht nur gegen Janukowitsch richtete, sondern auch gegen die konkurrierenden Einflüsse der EU. Dass die Machtergreifung des Maidan in Kiew gegen alle bis dahin geltenden Verfassungen des Landes verstieß, war auch im Westen schnell klar, man zog es aber vor, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Diese Tagesordnung war klar genug: Am Tag eins enthob das neue Parlament – Kommunisten und Janukowitsch-Anhänger wurden von den Maidan-Bataillonen physisch daran gehindert, das Gebäude zu betreten – **Janukowitsch des Amtes und wählte Alexander Turtschinow zum Übergangspräsidenten.** Am Tag zwei kassierten die Abgeordneten ein Sprachgesetz, das dem Russischen einen quasi offiziellen Status in Gebieten mit mehr als 20 Prozent russischsprachiger Bevölkerung zubilligte. Am Tag vier kündigte die neue Mehrheit an, den von **Janukowitsch 2010 bis ins Jahr 2042 verlängerten Stationierungsvertrag für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim zu kündigen.**

An dieser Stelle entschied Russland, das sich bisher aus der innerukrainischen Krise weitgehend herausgehalten hatte, offenbar, dass es so nicht weitergehen könne. Die russische Bevölkerung der Krim veranstaltete Kundgebungen unter russischen Fahnen, **die Verwaltung der autonomen Republik Krim kündigte ein Referendum über die Loslösung von der Ukraine an, das zweimal nach vorn verlegt wurde und schließlich am 16. März stattfand: Mit großer Mehrheit der Teilnehmer bestätigte es den Austritt der Halbinsel aus der Ukraine, zwei Tage später folgte der Antrag der »unabhängigen« Krim auf Beitritt zur Russischen Föderation, dem in Moskau in Windeseile stattgegeben wurde. Ein zweites Referendum bestätigte auch den Beitritt, der am 31. März wirksam wurde.** Der Westen war empört: Da sei »die Nachkriegsordnung umgestoßen« worden, wie die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė beklagte, ohne zu bedenken, dass sie ohne den ersten Umsturz der Nachkriegsordnung 1990/1991 nach wie vor in der Litauischen Sowjetrepublik gesessen hätte. Seitdem wird Russland die »völkerrechtswidrige Annexion« der Krim vorgeworfen.

Russland selbst berief sich für sein Vorgehen im Kern auf zwei Argumente, die beide westliche Imperialrhetorik kopierten: seine **»Verantwortung für den Schutz« russischsprachiger – und damit als »russisch« eingestuft – Menschen vor dem neuen Kiewer Regime und auf der formalen Ebene auf den Präzedenzfall, den der Westen mit der Förderung der Loslösung des Kosovo aus Serbien und der Anerkennung dieses Vorgangs geschaffen habe.** Bedenkt man,

dass Russland diesen Schritt zuvor stets als völkerrechtswidrig kritisiert hatte, war die Argumentation mit dem Vorbild des Kosovo zumindest zweischneidig. Denn sie läuft auf die Botschaft hinaus: Lasst uns in Ruhe mit dem Völkerrecht, ihr habt damit angefangen, es zu verletzen.

Teil 2. Der Krieg, mit dem Kiew den Donbass überzogen hat, kennt keinen Sieger

Mit Wirkung zum 31. März hatte Russland die Krim übernommen. Der Seitenwechsel war ohne einen einzigen Schuss vor sich gegangen. »Grüne Männchen«, Bewaffnete in ziemlich neuen Kampfanzügen ohne Hoheitszeichen, hatten die Garnisonen der ukrainischen Armee auf der Halbinsel blockiert und so verhindert, dass Kiew der Abspaltung praktischen Widerstand entgegensetzen konnte. Wer diese Männer waren, blieb offiziell lange umstritten, aber praktisch nicht lange ein Rätsel. Auf sozialen Netzwerken herumplappernde und Krim-Fotos postende Angehörige russischer Sondereinheiten sorgten dafür, dass die ukrainische Seite schon früh Moskau den Vorwurf machte, dem Abstimmungsergebnis nachgeholfen und bei der Abspaltung der Krim seine Hände im Spiel gehabt zu haben. Westliche Militärs kamen nicht umhin, dem unblutigen Coup Professionalität zu bescheinigen, machten aber natürlich genau hieraus ein Argument gegen Russland.

Moskau sicherte sich mit der Übernahme der Krim die territoriale Basis seiner Schwarzmeerflotte, die nicht nur dieses Binnenmeer vor der russischen Südküste kontrollieren soll. Sewastopol ist auch die Heimatbasis der russischen Seestreitkräfte, die im Mittelmeer der übermächtigen Präsenz der 7. US-Flotte gegenüberstehen. Russland spielte also auf der Krim um seine »Weltgeltung«. Doch der Erfolg auf der Krim hatte erstens schwerwiegende politische Folgen, weil sich die russischen Beziehungen zum Westen im Anschluss daran dramatisch verschlechterten. Er war zweitens ökonomisch kostspielig, weil Kiew schnell begann, die Krim ihre ökonomische und ökologische Abhängigkeit von der Festlandsukraine spüren zu lassen und schon im Frühjahr den zentralen Trinkwasserkanal, über den die Krim zu 90 Prozent mit Süßwasser versorgt wird, abspernte. Drittens aber hatte Russland mit der Übernahme der Krim seine stärkste Karte aus dem innerukrainischen Kräftespiel herausgenommen. Nur hier stellen tatsächlich ethnische Russen die Bevölkerungsmehrheit. Im Osten und Süden der Festlandsukraine ist die Lage weniger eindeutig, auch wenn diese Gebiete überwiegend russischsprachig sind.

Man sieht das indirekt daran, dass die Demonstrationen gegen die neuen Machthaber in Kiew, die ab dem April von Charkiw bis Odessa starteten, eben nicht unter der Parole »Anschluss an Russland« standen, sondern nach einer »Föderalisierung der Ukraine« riefen. Eine solche Föderalisierung, durch die Moskau über verfassungsrechtlich aufgewertete Regionen, in denen es politischen Einfluss ausübt, diesen auch in Kiew geltend machen kann, ist sicherlich das eigentliche Interesse Russlands in dem Konflikt. Die neuen Machthaber in Kiew verstanden dies sehr gut, eben deshalb ist es für sie keine Option. Demonstrationen für die Föderalisierung in Charkiw und Dnipropetrowsk wurden von der Polizei und dem »Rechten Sektor« gewaltsam niedergeschlagen. In Odessa veranstalteten aus Lwiw und Charkiw angereiste Neofaschisten am 2. Mai ein blutiges Pogrom im Gewerkschaftshaus, bei dem mindestens 48 Anti-Maidan-Demonstranten lebendig verbrannt oder verletzt zu Tode geprügelt wurden. Das Verbrechen von Odessa kann aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die »prorussischen«

Demonstrationen in der Ost- und Südukraine außerhalb der Krim weit weniger Massenanhänger fanden als dort.

Das gilt unter dem Strich auch für die Bezirke Donezk und Lugansk, wo die Demonstrationen im April und Mai in einen Aufstand gegen Kiew übergingen. Anders war dagegen im Donbass, dass sich bewaffnete Volksmilizen bildeten, die den Organen der Kiewer Staatsmacht Widerstand entgegenbrachten. Sie setzten sich in der ersten Phase bis zum Sommer mehrheitlich aus örtlichen Aktivisten prorussischer und panslawischer Organisationen, aber auch aus Bergarbeitern zusammen. Doch die Massenmobilisierung der Donbass-Bevölkerung blieb aus. Igor Girkin, als »Oberst Strelkow« im Frühjahr Kommandant der von den Aufständischen eroberten Stadt Slawjansk, hat im November in einem Interview mit dem russisch-nationalistischen Magazin Sawtra ausgeplaudert, dass er mit einem Trupp von etwa 50 »grünen Männchen« von der Krim in den Donbass gekommen sei, um den Bürgerkrieg anzufachen. Die örtliche Bevölkerung habe nicht recht mitmachen wollen, berichtete Strelkow. In die Lücke, die die lokalen »Aufstandsverweigerer« offenließen, traten teilweise Freiwillige aus Russland. Leute mit Militärerfahrung gibt es dort genug, der Kampf gegen die in Kiew an die Macht gelangten Neofaschisten war das ideologische Motiv, die Organisation der Reise in den Donbass übernahmen offenbar in vielen Fällen die russischen Wehersatzämter. Ein russischer Sozialwissenschaftler und Blogger, der im Sommer an der Seite der Volksmiliz bei Lugansk kämpfte, notierte, dass die örtlichen Kämpfer fast alle über 40, also noch in der Sowjetunion politisch sozialisiert seien. Angehörige der in der unabhängigen Ukraine aufgewachsenen Generation fehlten dagegen fast vollständig. Die Beobachtung dürfte von zentraler Bedeutung für das Verständnis sein, warum der Aufstand gegen die Kiewer Machthaber nur von begrenzter Durchschlagskraft war: Der Anschluss des Donbass an Russland war in Umfragen stets nur das Ziel von maximal 30 Prozent der Befragten, auch wenn etwa 70 Prozent mehr Unabhängigkeit von Kiew wünschten.

Der ukrainische Gegenstoß, um die Kontrolle über den Osten des Landes zurückzugewinnen, begann im Mai. Anfangs war er wenig erfolgreich. Ukrainische Soldaten ließen sich durch Menschenketten aufhalten, gaben teilweise sogar ihre Panzer an die Volksmilizen ab. Das änderte sich erst, als im Maidan-Sinne politisierte Kämpfer der Nationalgarde und Angehörige rasch aufgestellter Freiwilligenbataillone an die Front kamen. Mit mehrfacher materieller und personeller Übermacht ausgestattet, standen sie im Sommer kurz davor, die Volksrepubliken zu besiegen. Doch im August wendete sich das Blatt. Ob es, wie Kiew behauptet, das direkte Eingreifen russischer Truppen war, oder Unvorsichtigkeit des ukrainischen Kommandos – jedenfalls wurde der Teil der ukrainischen Truppen, der im Süden entlang der russischen Grenze nach Osten vorstieß, abgeschnitten und in mehreren Kesselschlachten aufgerieben. Die ukrainische Armee verlor etwa drei Viertel ihres schweren Geräts und Tausende Soldaten. Ende August erschien ein Zusammenbruch der ukrainischen Front möglich. Dass am 5. September in Minsk ein Waffenstillstand vereinbart wurde, hat der Kiewer Maidan-Regierung objektiv das Überleben gesichert, weil das Momentum des Angriffs der Aufständischen gebrochen wurde. Oder anders gesagt: Moskau wollte offenbar keine Fortsetzung der Offensive. »Wir hätten Mariupol nehmen können, aber es kam ein Befehl, es nicht zu tun«, sagte der schon zitierte Igor Strelkow in seinem Interview vom November.

Seitdem ist der Konflikt faktisch eingefroren. Keine der beiden Seiten kann sich als Sieger

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

fühlen. Die Aufständischen kontrollieren ein vom Zufall des Kriegsglücks geformtes Territorium, dessen technische und wirtschaftliche Infrastruktur zerstört und das auf Dauer von russischen Subventionen abhängig ist. **Der Ukraine ist ein Schwerpunkt ihrer bisherigen Volkswirtschaft abhandengekommen. Auch sie ist von Wirtschaftshilfe abhängig – westlicher.** Vor einigen Tagen formulierte der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk die Hauptaufgabe der Ukraine für 2015: zu überleben. Das gilt für den Donbass genauso. Die Leute dort haben ihren Reim auf die Lage: »**Russen und Amerikaner bekämpfen sich – bis zum letzten Ukrainer.**«

** Beide Teile erschienen in: junge Welt, Dienstag, 23. Dezember, und Mittwoch, 24. Dezember 2014*

Das Ukraine-Buch:

Ein Spiel mit dem Feuer

Mit Beiträgen von Erhard Crome, Daniela Dahn, Kai Ehlers, Willi Gerns, Ulli Gellermann, Lühr Henken, Arno Klönne, Jörg Kronauer, Reinhard Lauterbach, Norman Paech, Ulrich Schneider, Eckart Spoo, Peter Strutynski, Jürgen Wagner, Susann Witt-Stahl

[Umstrittene ARD-Dokumentation: "Es begann mit einer Lüge" - DER SPIEGEL](#)

Umstrittene ARD-Dokumentation "Es begann mit einer Lüge"

14.02.2002, 13.12 Uhr

Hamburg - Die ARD-Dokumentation "Es begann mit einer Lüge", die der frühere jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milosevic am Donnerstag im Den Haager Prozess zu seiner Verteidigung anführte, hatte im Februar vergangenen Jahres eine heftige Kontroverse ausgelöst.

In der Sendung des Westdeutschen Rundfunks (WDR) zum Kosovokrieg wurde Verteidigungsminister **Rudolf Scharping (SPD) vorgeworfen, er habe gelogen und übertrieben, um die Unterstützung von Parlament und Öffentlichkeit für die Nato-Luftschläge zu sichern.**

In dem Film der beiden Autoren Mathias Werth und Jo Angerer wurde unter anderem der Darstellung Scharpings widersprochen, am 27. April 1999 seien in dem Ort Rogovo unschuldige Zivilisten von serbischer Sonderpolizei massakriert worden.

Scharping wiederum warf dem WDR "unverantwortliche Kürzungen, auch Verfälschungen" in der Sendung vor. Er verlangte von dem Sender eine Entschuldigung. Zu einer Auseinandersetzung kam es in einer TV-Diskussion nach einer erneuten Ausstrahlung der Dokumentation im WDR-Fernsehen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Rupert Neudeck von der Hilfsorganisation Cap Anamur und der Balkan-Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Matthias Rüb, kritisierten den Film scharf. Dagegen erklärte der beim WDR für das Ausland zuständige Programmbereichsleiter, Albrecht Reinhardt: "Unsere Recherchen halten stand."

[NATO-Bomben auf Belgrad. Wer vor 20 Jahren wissen wollte, konnte wissen, was gespielt wird. \(nachdenkseiten.de\)](#)



13. März 2019 um 15:43 Ein Artikel von: [Albrecht Müller](#)

Am 24. März 1999 begann der Krieg gegen Rest-Jugoslawien, der sogenannte Kosovokrieg. Er hatte große Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes. Bis dahin hatten wir die Bundeswehr zur Verteidigung. **Seit dem 24. März 1999 haben wir die Bundeswehr vor allem zur militärischen Intervention in anderen Ländern.** Das ist ein gravierender Einschnitt. Heute möchte ich den Leserinnen und Lesern der NachDenkSeiten einen subjektiven Eindruck von dem geben, was sich mir zwischen der Bundestagswahl im September 1998 und dem Kriegseintritt bot und warum man damals ohne irgendwelche speziellen Informationen oder gar Geheimdienstinformationen wissen konnte, was gespielt wird. **Albrecht Müller.**

Der Westen, die NATO und die USA wollten diesen Krieg auch wegen des Nebeneffektes, dass Deutschland sich mit diesem Kriegseinsatz in den Kreis der Krieg führenden Nationen begeben hat. Der Kosovo-Krieg war das Einübungsfeld.

1. Ich beginne ungefähr zehn Jahre vor Kriegsbeginn. Damals war ich Mitglied des Deutschen Bundestages und habe zwischen 1989 und 1994 mehrmals erlebt, dass Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die dem Auswärtigen Ausschuss und dem Verteidigungsausschuss angehörten, in der SPD-Bundestagsfraktion von internationalen Treffen berichteten und dann im Nebensatz fallen ließen, unsere ausländischen Freunde, auch Parteifreunde, würden danach fragen und darauf drängen, dass wir endlich auch ein „normales“ westliches Land werden. Es war unmissverständlich herauszuhören, was „normal“ bedeuten

sollte: **bereit, bei militärischen Interventionen in anderen Ländern mitzumachen.** Der Schritt zu dieser sonderbaren Normalität und damit für einen gravierenden Einschnitt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wurde auch öffentlich gefordert.

2. Im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 1998 war die Forderung nach dieser „Normalität“, nach der Bereitschaft zum militärischen Einsatz „out of area“, nicht enthalten. Damals galt noch das Berliner Grundsatzprogramm vom 20. Dezember 1989. Dieses setzte als Ziel der Außenpolitik und Sicherheitspolitik „Gemeinsame Sicherheit“ und Abrüstung und sogar die Auflösung beider Blöcke, also auch der NATO. Das Berliner Grundsatzprogramm wurde erst 2007 durch das Hamburger Programm abgelöst.
3. Am 12. Oktober 1998 konnte man im Spiegel lesen: „Auch ein deutscher Einsatz in der Kosovo-Krise soll keinen rot-grünen Konflikt auslösen.“
4. Ich habe damals im Oktober Berichte von Gerhard Schröders und Joschka Fischers Besuch in Washington gelesen. Sie waren noch nicht zum Bundeskanzler und Vizekanzler gewählt, wurden aber offensichtlich und von jedermann und jederfrau **erkennbar in Washington auf die Beteiligung Deutschlands am kommenden Jugoslawien-/Kosovo-Krieg eingeschworen.** Im erwähnten Spiegel-Artikel steht:

„Der US-Präsident will den Serbenführer Slobodan Milosevic notfalls mit Waffengewalt zum Einlenken im Kosovo zwingen. Er erwartet, daß ihn die neue deutsche Regierung dabei unterstützt.“
5. Es wurde dann im Winter 1999 in Rambouillet mit Serbien verhandelt und dabei so getan, als wolle man wirklich einen Verhandlungserfolg. Das war aber vermutlich nie ernst gemeint. Auch das konnte man damals erkennen. Am markantesten **war das Verlangen der westlichen Verhandler an Serbien, die Präsenz von NATO-Truppen im eigenen Land zu akzeptieren.**
6. Ganz deutlich erinnere ich mich an ein Interview, wiederum im Spiegel, mit dem EU-Sonderbeauftragten Wolfgang Petritsch. Er war EU-Chefverhandler bei den Friedensverhandlungen von Rambouillet und Paris. Das Interview vom 8.2.1999 hatte folgende Überschrift: „Die Serben werden fauchen“ und weiter hieß es:

„Der EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch über die Friedensverhandlungen und die Autonomiepläne für die Albaner im Kosovo. Petritsch, 51, österreichischer Botschafter in Belgrad, leitet gemeinsam mit dem US-Diplomaten Christopher Hill und dem stellvertretenden russischen Außenminister Boris Majorski die Verhandlungen zwischen Serben und Albanern in Rambouillet.“

Wer im Februar 1999 die Überschrift „Die Serben werden fauchen“ las, konnte an ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen Lösung nicht glauben: Wenn ein Diplomat wie Petritsch, der in seiner damaligen Funktion eigentlich vermitteln soll, um ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, sich so äußert, dann will er kein Ergebnis erzielen, **dann will er die militärische Intervention.**

Diese meine Interpretation haben damals nicht alle Zeitgenossen geteilt. Ich erinnere mich noch gut an eine zur gleichen Zeit stattfindende gemeinsame Tagung von Evangelischer Akademie der Pfalz und Evangelischer Akademie Wittenberg. Anwesend waren kundige Beobachter des Geschehens, auch Bonner Journalisten. Einer lobte Petritsch in hohen Tönen und war nicht davon zu überzeugen, dass nicht vermitteln will, wer sich so äußert wie im Spiegel vom 8.2.1999.

Zu dieser Zeit war für mich endgültig klar, dass der Westen nichts Gutes im Schilde führt, dass es um ganz andere Dinge geht: **um die Einübung der Bundeswehr in Auslandseinsätze,** nicht nur gegen Rest-Jugoslawien, um die Festsetzung des Westens, der USA und der NATO auf dem Balkan und letztlich auch um ein deutliches Zeichen an Russland, die Finger vom Balkan zu lassen.

7. Das nächste Ereignis war dann eher zufälliger Art, eine Begegnung im Zug:

Ich war in den Tagen vor Beginn des Kosovo-Krieges mit meinem jüngeren Sohn und seinem Studienkollegen in Irland zu Besuch bei meinem ältesten Sohn und dessen Familie.

Auf dem Rückweg am 23. März 1999 hatten wir im Flughafen eine Flasche irischen Whiskys gekauft. Im Zug von Frankfurt-Flughafen nach Karlsruhe holte ich diese Flasche aus meinem Rucksack und sagte in die Runde der anderen Fahrgäste, wer ein Glas dabei habe, sei zum Umtrunk eingeladen. Daraufhin stand ein junger Mann etwa um die 30 auf und holte aus seinem Tornister, den wir bis dahin nicht als solchen erkannt hatten, einen Becher.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Wir fragten erstaunt, woher er denn komme: Er komme gerade aus dem Kosovo, dort sei er, eigentlich Angehöriger der Bundeswehr, im Rahmen der Beobachtungsmission der OSZE im Auftrag des Auswärtigen Amtes eingesetzt gewesen. ([Näheres siehe hier](#)). Ihre Aufgabe sei es gewesen, immer dann, wenn es einen bewaffneten Konflikt zwischen serbischer und kosovarischer Bevölkerung gegeben habe, vor Ort zu klären, wer schuld an dem Konflikt gewesen sei.

Wir fragten nach, wie die Schuld für bewaffnete Zwischenfälle verteilt gewesen sei. Seine Antwort: ungefähr gleich. Rückfrage unsererseits: Wieso bekommen wir dann in Deutschland immer gemeldet, die überwiegende Zahl der bewaffneten Konflikte im Kosovo sei von serbischer Seite begonnen worden? – Seine Antwort: Sie, die OSZE-Beobachter, hätten in ihren Berichten korrekt berichtet.

Aber: Mit dem Hinweis darauf, Englisch, die Sprache der OSZE-Berichte, sei nicht ihre Muttersprache, mussten sie ihre Berichte einem Briten oder US-Amerikaner vorlegen. Dort wurden die Berichte dann so verändert, dass mehrheitlich die Serben als Schuldige markiert waren.

Er bedaure es sehr, dass die OSZE-Mission und damit die Arbeit seiner Kollegen beendet wurde. Sie hätten einen wirklich guten Job gemacht und sie seien davon überzeugt gewesen, dass man das friedliche Zusammenleben von Serben und Kosovaren mittelfristig hätte regeln können.

Ihre Arbeit sei absichtlich beendet worden und morgen beginne der Krieg. So war es dann auch.

8. Wer bis dahin noch geglaubt hatte, es sei dem Westen auf eine friedliche Lösung angekommen, der wurde dann spätestens bei der **martialischen Berichterstattung über den Kosovo-Krieg eines Besseren belehrt**. Der NATO-Sprecher Shea (siehe [hier](#) und [hier](#)) wie auch der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping traten wie martialische Feldherren im Fernsehen auf. Eine Pressepräsentation und Pressekonferenz jagte die andere; oft war die Berichterstattung untermalt von startenden und heimkehrenden Kampfbombern. Von den Toten in Belgrad und anderen Orten Restjugoslawiens wurde nicht angemessen berichtet.

9. Verteidigungsminister Rudolf Scharping erfand nach Beginn des Krieges noch besondere Gründe für den Kriegseinsatz, so zum Beispiel **den angeblichen Hufeisenplan**. Siehe dazu zum Beispiel [hier](#) oder [hier](#).

Der Kosovo-Krieg und die Begleitung durch Politik und Medien des Westens sind ein Musterbeispiel für Manipulationen und gezielte Meinungsmache - Meinungsmache zugunsten einer Politik mit militärischen Mitteln und damit der Abkehr von dem bis dahin geltenden Kurs der Bundesrepublik Deutschland. Seitdem ist Deutschland ein „normales“ Land, so wie es die westlichen Kollegen/Innen meiner Abgeordneten-Kollegen auf ihren Konferenzen schon lange vorher gefordert hatten - übrigens eine **Grundmelodie, die auch bei der aktuellen Militarisierung Europas gespielt wird.**

P. S.: Anmerken muss ich noch, dass es auch nach Kriegsbeginn noch Beobachter von Gewicht gab, die den Krieg gegen Rest-Jugoslawien nicht als vorbestimmt betrachteten und Verhandlungen des Westens mit Milosevic und Serbien als ernst gemeinte Verhandlungen sahen und sehen. Ein guter Beleg dafür ist ein langer Artikel von Gunter Hofmann [in der „Zeit“ Nummer 20/1999 vom 12. Mai 1999](#).

Titelbild: Northfoto / Shutterstock

[KOSOVO-KRIEG | Wie die NATO Tatsachen verfälschte und Fakten erfand — der Freitag](#)

Wie die NATO Tatsachen verfälschte und Fakten erfand

KOSOVO-KRIEG Aus dem Film von Jo Angerer und Mathias Werth

Dieser Film zeigt, **wie schon vom ersten Tag des Kosovo-Krieges an die Bevölkerung getäuscht wurde.** Dieser Film zeigt auch, **wie Tatsachen verfälscht und Fakten erfunden, wie manipuliert und auch gelogen wurde.** Dieser Film zeigt, **weshalb Bomben auf Belgrad fielen.**

Die NATO sagt, sie habe die Bomben geworfen, um das Leben der Kosovo-Albaner zu schützen - vor den Serben. Doch als die ersten Bomben einschlugen, waren es diese Bilder, die man sah. Man sah Serben, die voller Angst in ihre Keller und in die wenigen Bunker der Stadt flohen. (...) Welche Macht den Bildern zukommt, wusste der oberste NATO-Sprecher damals sofort.

Jamie Shea: **"Das Wichtigste ist, dass der Feind nicht das Monopol auf die Bilder haben darf, denn das rückt die Taktik der NATO in das Licht der Öffentlichkeit** und nicht die bewusste Brutalität von Milosevic' ..." (...)

Scharpings Konzentrationslager

Schlichte Meinungsmache, Kriegspropaganda für den Hausgebrauch - das reichte jetzt nicht mehr. Prishtina war Schauplatz einer perfiden Propagandageschichte: Im Mittelpunkt stand das Fußballstadion. Rund um das Stadion sind die Zerstörungen bis heute zu sehen, und oben auf den Tribünen verwittert der Boden. Doch der Rasenplatz unten wird gehegt und gepflegt, und die Jugendmannschaft trainiert hier wie eh und je. Doch damals, vor zwei Jahren, sollen die Serben hier ein KZ für Kosovo-Albaner betrieben haben - ganz nach Nazi-Manier.

Mit dieser Behauptung ging Rudolf Scharping im April 1999 an die Öffentlichkeit. Scharping am 28. März 1999: "Viel wichtiger ist die Frage, was geschieht jetzt im Kosovo; wenn ich höre, dass im Norden von Prishtina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, dass man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt, und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, wenn ich höre, dass man in Prishtina die serbische Bevölkerung auffordert, ein großes S auf die Türen zu malen, damit sie bei den Säuberungen nicht betroffen sind, dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen." (...)

Scharping heute: "Ich habe mich so geäußert, dass der Verdacht besteht, dass im Stadion von Prishtina Menschen festgehalten werden. Das beruhte auf Zeugenaussagen, die sich bezogen auf entsprechende Internierungen in den Gängen des Stadions, in den Geschäften, die unterhalb der Tribünen waren. Wir haben versucht, das aufzuklären. Bilder davon konnten wir nicht gewinnen. Aber die Zeugenaussagen standen." Zeugen aus Prishtina also. Wenn einer aber etwas mitbekommen hat, dann müsste es Shaban Kelmendi gewesen sein, kosovarischer Politiker. Sein Haus liegt direkt am Stadion, und während des Krieges hat er Prishtina keinen Tag verlassen. Shaban Kelmendi, Augenzeuge: "Wie Sie sich selbst überzeugen können, blickt man von hier aus genau auf das Stadion. Man kann alles sehen. Es hat damals dort keinen einzigen Gefangenen oder eine Geisel gegeben. Das Stadion hat immer nur als Landeplatz für Helikopter gedient." (...)

Deshalb führen wir Krieg

Beispiel: Rugovo, ein kleines Bauerndorf im südlichen Kosovo. Im Krieg blieb der Ort weitgehend unzerstört. (...) Und doch hat Rugovo für den Kosovo-Krieg eine besondere Bedeutung. Begonnen hatte die Geschichte auf dem Bauernhof von Shefget Berisha. Eine Geschichte, die später im fernen Deutschland Schlagzeilen machte. Es war der 29. Januar 1999. Plötzlich hörten die Nachbarn von Shefget Berisha Schüsse. Was war passiert?

Remzi Shala, Augenzeuge: "Morgens kurz nach fünf ging es drüben im Haus meines Nachbarn Shefget Berisha los. Es waren Schüsse aus Maschinengewehren, drei oder vier Stunden lang. Wir waren wach geworden und hörten das alles, ja, erst nach drei oder vier Stunden hörte die Schießerei auf. So gegen zehn Uhr kam eine Gruppe Polizisten aus dieser Richtung dort auf uns zu. Mein Vater und ich haben sie gesehen. Als sie dann so ungefähr bis auf 50, 60 Meter an mich herangekommen waren, blieb mir nur noch wegzulaufen. Ich lief weg in die andere Richtung."

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Der zerschossene rote Kleinbus erinnert noch heute an jenen Tag. Doch was war genau in Rugovo geschehen? Ein Massaker der Serben an unschuldigen Zivilisten, sagte Rudolf Scharping. Zwei Monate später, am 27. April 1999, präsentierte der Verteidigungsminister seine Beweise. "Was wir Ihnen hier zeigen, ich hatte ja schon gesagt, man braucht starke Nerven, um solch grauenhafte Bilder überhaupt ertragen zu können, sie machen aber deutlich, mit welcher Brutalität das damals begonnen wurde und seither weitergegangen ist. (...) Die Uniformen, die Sie da sehen, das sind Uniformen der serbischen Spezialpolizei. Das macht auch deutlich, dass Armeekräfte und Spezialpolizei, später dann auch im Fortgang nicht nur diese, sondern auch regelrechte Banden freigelassener Strafgefangener und anderer, an solchen Mordtaten beteiligt sind. " (...)

"Deshalb führen wir Krieg", titelte auch die Presse und veröffentlichte die Bilder Scharpings. Doch seine eigenen Experten wussten es schon damals besser: Dies war kein Massaker an Zivilisten! Aus dem geheimen Lagebericht: "Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch: Am 29. Januar '99 wurden in Rugovo bei einem Gefecht 24 Kosovo-Albaner und ein serbischer Polizist getötet."

Also ein Gefecht unter Soldaten - kein Massaker an Zivilisten, wie der Verteidigungsminister behauptet? Diese Fernsbilder, aufgenommen von einem westlichen Kamerateam unmittelbar nach den Ereignissen in Rugovo, liefern Hinweise, wie es tatsächlich war: Gewehre neben toten Albanern, die angeblich Zivilisten waren. Die Toten tragen Militärstiefel. Sie haben Mitgliedsausweise der UÇK und tragen deren Rangabzeichen. Doch wurden diese Bilder vielleicht arrangiert - von den Serben, und vor dem Eintreffen der westlichen Kamerateams?

Frage: "Bei dem Beispiel Rugovo, auf welche Quellen haben Sie sich dabei berufen?"

Scharping: "Auf OSZE-Beobachter, die als Erste am Ort waren."

Frage: "Waren diese Schilderungen, die damals gemacht worden sind zu den Vorgängen in Rugovo, aus Ihrer Sicht heute korrekt und sind nach wie vor so gültig?"

Scharping: "Ja, die sind völlig korrekt."

Der erste OSZE-Beobachter vor Ort, das war der deutsche Polizeibeamte Henning Hensch.

Hensch: "In jedem Fall ist es richtig, dass der Verteidigungsminister noch am Tage der ersten Veröffentlichung, die ich selber auch gesehen habe in der Deutschen Welle, von mir darüber in Kenntnis gesetzt worden ist, dass die Darstellung, die da abgelaufen ist, so nicht gewesen ist." - Sein offizieller Ermittlungsbericht zu Rugovo. Das Ergebnis: Kein Massaker an Zivilisten.

Hensch: "Am Tatort fanden wir einen roten Van, zerschossen, mit offenen Scheiben und insgesamt 14 Leichen in diesem Fahrzeug, und drei Leichen lagen außerhalb (...). In der Garage genannten Stallung auf der Rückseite der Farm befanden sich fünf UÇK-Fighter in den

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

typischen Uniformen, den dunkelblauen mit dunkelgrün oder grün eingefärbten Uniformen, die dort im zehn Zentimeter hohen Wasser lagen. Und dann ging es noch etwa 300 Meter weiter zu einem zweiten Tatort, an dem wir wiederum vier Leichen fanden, und darüber hinaus sind die Leichen, die der Verteidigungsminister zeigen ließ, dort von den serbischen Sicherheitsbehörden und von mir und meinen beiden russischen Kollegen abgelegt worden, weil wir sie von den verschiedenen Fundorten oder Tatorten zusammengesammelt hatten."

So also entstanden diese Bilder einer angeblichen Exekution, die der Minister präsentierte. Bilder, die mit den tatsächlichen Ereignissen nichts zu tun hatten. (...)

Nur der Auftakt

April 1999, bei den Vereinten Nationen wird um den Krieg gestritten. Zur gleichen Zeit fliegen NATO-Bomber Angriff auf **Angriff, 6000mal - und immer ohne UN-Mandat**. Ganz überraschend ist das nicht, denn bei den Vereinten Nationen kennt man nicht erst seit heute die amerikanische Regierungspolitik und deren kaum verhüllte Geringschätzung der UN. Bereits 1993 hatte US-Präsident Bill Clinton die Grundzüge dieser Außenpolitik in einem geheimen Regierungsdokument festgelegt. Der Titel: **Mit den Vereinten Nationen, wenn möglich - ohne sie, wenn nötig**. "Die NATO" - heißt es darin - "soll die Entscheidungskriterien für die UN festschreiben und nicht umgekehrt." **Der Kosovo-Einsatz ohne UN-Mandat - ein klarer Bruch des Völkerrechts**. Der deutsche Verteidigungsminister hat ihn mitgetragen.

Doch warum? Einer der wichtigsten Berater der US-Regierung, Wayne Merry, hatte Zugang zu geheimen Planungsunterlagen der US-Regierung.

Wayne Merry: **"Meine Regierungsleute aus dem Außenministerium reden davon, dass Kosovo nur der Auftakt ist für zukünftige Kriege der NATO, die noch viel entfernter sein werden**. Für Washington ging es nicht um die Demonstration der amerikanischen Führungsrolle in der NATO. Die wurde nie bestritten. Man wollte zeigen, dass die NATO überhaupt noch einen Zweck hat. Und dieser Zweck ist etwas ganz anderes als die rein defensiven Aufgaben, für die die NATO gegründet wurde." (...)

Zwischentitel von der Redaktion

[Wie der von den USA unterstützte "Regimewechsel" in Russland eine Invasion der Ukraine ermöglichte | openDemocracy](#)

Die USA und Großbritannien ermöglichten Russlands Invasion in der Ukraine. Ich habe es gesehen

Joe Biden will einen "Regimewechsel" in Russland. Das letzte Mal, als die USA dies taten, war das Ergebnis kleptokratischer Kapitalismus und steigende Arbeitslosigkeit.

[Guy Standing](#)

20. April 2022, 12.02 Uhr



(c) Janine Wiedel Photolibrary / Alamy Stock Photo. Alle Rechte vorbehalten

-
- Regimewechsel" in Russland gefordert, eine Erklärung, die an frühere US-geführte Regimewechsel-Kreuzzüge erinnern sollte – unter anderem in Chile, im Irak und in Afghanistan.

Um es milde auszudrücken, diese Episoden waren keine absoluten Erfolge. Aber die Initiative zum Regimewechsel, die heute unsere Überprüfung verdient, war die ehrgeizigste der Vereinigten Staaten und ist die relevanteste für Bidens jüngste Forderung. Das liegt daran, dass es Russland und die Ukraine selbst vor 30 Jahren betraf.

Ich habe miterlebt, was die USA, Großbritannien und andere nach dem Kalten Krieg vor Ort getan haben. 1990 organisierte ich im Auftrag der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) eine internationale Konferenz über Arbeitspolitik in Moskau, die als Bericht zu dem Zeitpunkt entstand, als sich die Sowjetunion auflöste. Ich wurde dann zum Direktor eines Programms ernannt, das von der IAO eingerichtet wurde, um die Regierungen in der Region in der Sozial- und Arbeitspolitik zu beraten, was euphemistisch als "Übergang" von der "kommunistischen" zur "Marktwirtschaft" bezeichnet wurde.

Von Budapest aus habe ich etwa vier Jahre lang mit hochrangigen Ministern und Beamten aus Russland, der Ukraine und den Nachbarländern zusammengearbeitet. Ich hatte auch zahlreiche Treffen mit internationalen Ökonomen, Beamten und Gremien wie der Weltbank, die sich alle ihrer Version des Regimewechsels verschrieben hatten. Es war eine bizarre Erfahrung. Ich traf sogar die Königin, den Herzog von Edinburgh und die Königin der Niederlande, die begehbbare Rollen spielten, um den teuren Plänen ein "respektables" Gesicht zu geben.

Von Anfang an war ich entschieden gegen das, was geschah. Ich hielt zahlreiche Reden und veröffentlichte Artikel und mehrere Bücher in diesem Sinne. Heute glaube ich, dass die russische Invasion der Ukraine im Jahr 2022 teilweise auf die neoliberale Strategie zurückzuführen ist, die von den USA in dieser Zeit geführt wurde. Eine Möglichkeit, es

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4 auszudrücken, ist, dass die US-Strategie es versäumt hat, das Gespenst des Stalinismus zu verbreiten, und einen fruchtbaren Boden für sein Wiederaufleben geschaffen hat.

Was war also die vom Ausland gelenkte Strategie? Obwohl verschiedene Befürworter Varianten hatten, verankerte es eine Doktrin - bekannt als "**Schocktherapie**" -, die von Ökonomen in Harvard, der London School of Economics und anderswo gefördert wurde.



Der Plan, **Russland und die Ukraine in kapitalistische Volkswirtschaften zu verwandeln**, basierte auf drei Prämissen, deren Kombination sich im wahrsten Sinne des Wortes als fatal erweisen sollte.



"Ja zu Jelzin"-Graffiti nach der russischen Verfassungskrise im Oktober 1993 |

Erstens wurde argumentiert, dass marktfreundliche Reformen sehr schnell eingeführt werden müssten, damit es keine Zeit für "sozialistische" Kräfte geben würde, sich neu zu gruppieren und Reformen zu blockieren.

Zweitens war eine eher technische Prämisse, dass der makroökonomischen Politik Priorität eingeräumt werden musste, unterstützt durch Entwicklungshilfekonditionalität, um die russische (und ukrainische) Regierung zu zwingen, sich daran zu halten, und zwar vor mikroökonomischen oder Strukturreformen. Letzteres hätte zum Beispiel die Umstrukturierung staatlicher Unternehmen, die Einführung von Marktregulierungen und Institutionen zur Einhaltung ethischer Standards beinhalten können. Aber die orthodoxe ökonomische Ansicht war, dass die Makrostabilisierung ein notwendiger Vorläufer für **Strukturreformen** war. Dies war die **vorherrschende Argumentation des Internationalen Währungsfonds**.

Die dritte Prämisse war, dass die makroökonomischen Reformen in einer bestimmten Reihenfolge eingeführt werden mussten: zuerst eine **Abschaffung der staatlichen Preiskontrollen**, dann **Kürzungen der öffentlichen Ausgaben** und schließlich die **Privatisierung von Staatseigentum**.

Die Preisliberalisierung ging mit der Abschaffung der Preissubventionen (außer im Energiebereich) einher. Denken Sie daran, dass die Produktion zusammengebrochen war, dass strenge Preiskontrollen seit Generationen bestanden und dass die Produktionsstruktur aus **riesigen Industrieunternehmen mit monopolistischen Eigenschaften** bestand, die ganze Sektoren und Regionen dominierten.

Die Folge der Preisliberalisierung war somit ein **außergewöhnlicher Ausbruch von Hyperinflation**. Während wir in der Ukraine arbeiteten, wurde **die Inflation in einem Jahr auf über 10.000% geschätzt, in Russland auf über 2.300%**. Die Verarmung war **tödlich**. Millionen starben vorzeitig; Die Lebenserwartung der Männer sank in Russland von 65 auf 58 Jahre, die der Frauen von 74 **auf 68 Jahre**; die Selbstmordrate sprang auf mehr als das Dreifache des hohen Niveaus der USA.

In einem kollektiven Zustand der Leugnung waren die westlichen Wirtschaftsberater in ihrem Eifer fast stalinistisch. Ihre zweite Politik bestand darin, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, mit dem doppelten Ziel, den Inflationsdruck zu unterdrücken, indem sie die Geldnachfrage drosselten und den Staat schwächten. **Dies hatte unmittelbar zur Folge, dass sich die steigende Mortalität und Morbidität verstärkte.**

Aber es tat etwas anderes, das noch heute die ganze Welt betrifft. **Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst fielen so niedrig, dass der Staat nicht mehr funktionierte.** Dadurch entstand **ein Vakuum, in dem die Kleptokraten gediehen**. Ich erinnere mich, dass Regierungsminister um 50 Dollar Bestechungsgelder baten, nur damit sie ihre Familie ernähren konnten. Sie **waren eine leichte Beute für skrupellose Gangster**, die wiederum **Bettgenossen mit ehemaligen KGB-Offizieren** waren, wie einem **gewissen ersten Stellvertreter der St. Petersburger Stadtverwaltung, Wladimir Putin**.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Man kann die Torheit der staatsfeindlichen Ideologie in einer Zeit nicht genug betonen, als das, was dringend benötigt wurde, **der Kern eines professionellen öffentlichen Dienstes war, der von einem ordentlichen Rechtssystem unterstützt wurde.** Aber alles, was die westlichen Finanzberater wollten, war ein ausgewachsener Kapitalismus, der ihrer Meinung nach zu einem "russischen Boom" führte, in dem "Demokratie und freie Märkte für immer Wurzeln geschlagen haben".

Der dritte Punkt der Schocktherapie-Sequenzierung war die Massenprivatisierung. Es begann als ein kleiner Scherz, bei dem Privatisierungsaktien wie Konfetti verteilt wurden. Ich habe noch irgendwo einen Gutschein, den mir der Bürgermeister von St. Petersburg gegeben hat. Doch die **Privatisierung** wurde bald zu **einer Wildwest-Plünderung.** Die Weltbank, USAID, die neue Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in London und andere ausländische Einrichtungen stellten enorme Beträge bereit, um den Transfer an die neuen "Unternehmer" zu beschleunigen. Über **15.000 Staatsfirmen wurden verkauft; Kleptokraten wurden über Nacht zu Oligarchen;** ihre amerikanischen und anderen ausländischen "Berater" wurden zu Multimillionären. Zu diesem Zeitpunkt breitete sich die Kriminalität über den Atlantik aus.

Man muss immer noch vorsichtig sein, wie man das formuliert. Es war jedoch allgemein bekannt, dass prominente Ökonomen unter den westlichen Finanzberatern mit der aufstrebenden Oligarchie in Verbindung standen und Millionen von Dollar aus der Privatisierung verdienten. Schließlich wurde ein Fall vor den Massachusetts High Court gebracht. Die Beteiligten zahlten saftige Abfindungen, durften aber ihre Karriere fortsetzen. Seien Sie versichert, sie und andere haben es sehr gut gemacht.

In der Zwischenzeit gab es den unangenehmen Beginn der vierten Phase der Sequenzierung, die als "Therapie" nach dem "Schock" bezeichnet wurde.

Dies wurde als Aufbau eines neuen sozialpolitischen Systems angepriesen, das auf neoliberalen Standardlinien basiert – das heißt, ein Restwohlfahrtsstaat mit so viel Privatisierung wie möglich, beginnend mit Rentensystemen und Bildung. Wie einige von uns von Anfang an argumentiert hatten, hätte vor jeder "Schock"-Politik ein universalistisches Sozialschutzsystem aufgebaut werden müssen. Kaltschnäuzig wurde die Umsetzung der Sozialpolitik der Zeit danach überlassen und dann nur lückenhaft, mit endlosen Verzögerungen.



(c) Chronicle / Alamy Stock Photo. All rights reserved

In dieser Zeit ereigneten sich zwei persönliche Ereignisse, die den Wahnsinn dessen, was geschah, verkörperten. Ich erinnere mich, dass ich 1992 als „Arbeitsmarktexperte“ eingeladen wurde, einen Vortrag vor Finanz- und Bildungsministern osteuropäischer Staaten zu halten, organisiert von der Weltbank in einem holländischen Schloss, symbolisch mit eigenem Wassergraben. Dort hörte ich zu, während den Ministern gesagt wurde, welche Politik sie einführen sollten, wenn sie ausländische Kredite oder Zuschüsse wünschten.

Das andere Ereignis war sogar noch bizarrer. 1993 leitete ich in Frankreich eine kleine Konferenz über Mindestlöhne und Grundeinkommenspolitik für Osteuropa, als ich einen Anruf von einem US-Botschafter erhielt, der mich nach Washington einlud, ein Briefing im Außenministerium zu geben. Nachdem ich Hintergrundüberprüfungen durchgeführt hatte, akzeptierte ich und fand mich in den Keller des Außenministeriums gebracht. Als ich mit einem „Aufpasser“ an einem langen Tisch saß, war ich überrascht, dass 12 Männer hereinkamen, um auf der anderen Seite Platz zu nehmen. Sie identifizierten sich einzeln, und die meisten sagten CIA. Der Vorsitzende des Briefings war ein Unterstaatssekretär.

Ich und meine Kollegen bei der IAO führten zu diesem Zeitpunkt detaillierte Erhebungen bei Hunderten von Industrieunternehmen in Russland und der Ukraine sowie umfangreiche Haushaltserhebungen durch, die viele tausend Haushalte in beiden Ländern umfassten. Infolgedessen hatte ich Zugang zu Daten, die den Kontext und die Ergebnisse der Schocktherapie-Doktrin abbildeten.

Ich sagte den Männern, dass ihre Politik katastrophal sei, dass eine große Zahl von Russen und Ukrainern an den Folgen einer „Schocktherapie“ sterbe und dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu dem, was sie berichteten, bei etwa 25 % liege – verdeckt durch die Tatsache, dass Unternehmen forderten weiterhin Zuschüsse für nicht mehr beschäftigte Arbeitnehmer. Ich argumentierte, dass die Menschen, mit denen sie auf politischer Ebene zusammenarbeiteten, dem Untergang geweiht und korrumpiert seien und dass sie sich darauf konzentrieren sollten, den einfachen Menschen direkte Hilfe zu leisten, wenn ein Umkippen in den Neofaschismus vermieden werden solle.

Ich argumentierte, dass die Umstrukturierung von Unternehmen und die Ersetzung von Vorschriften und Gesetzen Vorrang vor makroökonomischen Reformen und Privatisierungen haben sollten. Ich habe so viel Verachtung wie möglich über die Behauptungen der Weltbank und prominenter Ökonomen geworfen, es gebe keine Arbeitslosigkeit. Und ich argumentierte, dass es verrückt sei, wenn die Bank einen großen Kredit zurückhalte, um Arbeitslosen zu helfen, in der Annahme, dass, wie in einem Bankbericht behauptet, die Arbeitslosenquote nur 1 % betrage.

Das war lächerlich. Es war klar, dass die neoliberale Strategie einfach einen kleptokratischen Kapitalismus schuf, eine virulente Form des Rentenkapitalismus, wodurch Institutionen und Wirtschaftspolitik es den Besitzern von physischem, finanziellem und geistigem Eigentum ermöglichen, immer mehr Einkommen und Vermögen zu erhalten. Es entstand eine neue Klassenstruktur mit einer Plutokratie von Oligarchen, einem winzigen Salarariat (einschließlich

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

gebildeter Menschen, die versuchen, eine anständige Gesellschaft aufzubauen), einem lumpenisierten Proletariat (alternd, atavistisch) und einem schnell wachsenden Prekariat. Während die Oligarchen in der Ukraine gespalten waren, befanden sich auch einige Bulgaren, Rumänen und andere in ihrem Umkreis. Sie alle stellten bald fest, dass sie sich bequem unter die Finanz- und andere Plutokraten in London, an der Wall Street und anderswo mischen konnten.

Einige Monate nach dem Treffen des Außenministeriums wurde ich nach Washington eingeladen, um das US-Arbeitsministerium zu informieren. Danach gaben sie eine Cocktailparty, und hinten sah ich zwei der CIA-Beamten, die an der Besprechung des Außenministeriums teilgenommen hatten. Ich fragte sie, was nach dem ersten Briefing passiert sei. Einer sagte verschwörerisch zu mir: „Ehrlich gesagt, es ging ganz nach oben ... und er glaubt dir nicht.“ „Er“ bezog sich auf Präsident Clinton.

Als einige Monate später die russischen Wahlen 1993 stattfanden, gewann der neostalinistische Ultranationalist Wladimir Schirinowski, der die Invasion der Ukraine befürwortete, 23 % der Stimmen, und die von den USA unterstützte neoliberale Partei wurde zu einem Hinterteil. Ich schickte einem der CIA-Beamten ein einzeiliges Telegramm: „Glaubt mir das Außenministerium jetzt?“ Mir wurde später gesagt, dass dies eine ironische Belustigung verursachte.



Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Russlands, Wladimir Schirinowski, der Anfang dieses Monats starb, (c) Barry Iverson / Alamy Stock Photo. Alle Rechte vorbehalten

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Regimewechselstrategie der USA eine käufliche Kleptokratie hervorgebracht hatte, und im Einklang damit haben wir heute weltweit eine moralisch unvertretbare Form des Rentierkapitalismus, in dem Plutokraten große politische Parteien und Politiker in ihrem Interesse finanzieren. Es ist die unfreieste Marktwirtschaft, die jemals konzipiert wurde, und es reicht nicht aus, Großbritannien als "Butler der Welt" zu sehen. Der Staat ist zutiefst korrumpiert, und wir werden dem Sumpf nicht entkommen, bis eine neue progressive, transformative Politik entsteht, die das Prekariat in allen Teilen der Welt mobilisieren könnte.

Das Böse, das von Russland verübt wird, wird nicht allein mit militärischen Mitteln besiegt werden. Natürlich sollten wir alle die unglaublich mutigen Ukrainer bewundern und unterstützen. Aber es ist eine Transformation unserer eigenen Gesellschaften, die erreicht werden muss. Als Antwort auf den Ansturm auf eine ökologische Dystopie und eine grotesk

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

ungleiche und unsichere Existenz für so viele müssen Progressive in der Politik eine kohärente, gut artikulierte Strategie zur Demontage des Rentierkapitalismus haben.

Heute ist der Neoliberalismus nicht der Hauptfeind. Heute ist die Zeit für einen neuen Radikalismus, der auf einer prinzipiellen Opposition gegen die globale Plutokratie und das System des Rentierkapitalismus basiert, das auf räuberischer Plünderung basiert. Wir brauchen eine neue Renaissance, um Geselligkeit, Commoning, republikanische Freiheit und Gleichheit wiederzubeleben. Bisher halten altlinke Parteien in Großbritannien und anderswo diese transformative Vision durch übermäßigen Pragmatismus zurück. Doch so wie die Natur ein Vakuum verabscheut, verabscheut auch der menschliche Zustand. Wir brauchen eine progressive Revolte, die nationale Grenzen überschreitet und ökologisch umverteilt. Man kann die grünen Triebe sehen, muss aber nur hoffen, dass es Zeit gibt, dass sie wachsen.

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

TOTSSCHWEIGEN

FAKTEN & TATSACHEN = WAHRHEIT